



**Für die Unterstützung der Demonstration  
am 1. November 2003 gegen die Agenda 2010**

**Resolution der Arbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft der PDS**

„Mit der Agenda 2010 werden nicht etwa unausweichliche Reformen beschrieben oder gar ein Ausweg aus der Massenarbeitslosigkeit gezeigt, sondern die Folgen einer verfehlten Politik auf Arbeitslose und Beschäftigte sowie auf Kranke und Rentner abgewälzt. Es ist ein Programm des Verzichts und der sozialen Grausamkeiten, das nicht einmal die Probleme der aktuellen Krise löst, sondern die Binnenkonjunktur weiter drosselt. Gleichzeitig wird unter dem Vorwand, für mehr Wachstum zu sorgen, lediglich die seit langem bestehende Wunschliste der Arbeitgeberverbände zum Abbau des Sozialstaates abgearbeitet.“

So haben wir bereits am 18. Mai 2003 die Agenda 2010 eingeschätzt. Aus diesem Grund haben wir es begrüßt, dass Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen aus Baden-Württemberg die Initiative ergriffen und zu einer bundesweiten Demo gegen den Sozialabbau aufgerufen haben.

Der Gedanke, dass der Widerstand gegen die Agenda 2010 mit Aufklärungsarbeit in den Betrieben und mit Aktionen auf der Straße sichtbar werden muss, ist richtig.

Wir unterstützen auch, dass auf der Aktionskonferenz am 16. August 2003 in Frankfurt/Main, unter Teilnahme vieler aktiver Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, eine zentrale Demonstration gegen den Sozialabbau beschlossen worden ist.

Die Demonstration muss zu einem Signal des Kampfes gegen die Politik des Sozialabbaus in der Bundesrepublik Deutschland werden. Sie wird dann zum echten Beginn einer Gegenwehr, wenn es gelingt, viele gewerkschaftliche Gremien auf allen Ebenen zu einer aktiven Vorbereitung und Unterstützung zu gewinnen.

Die Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten der PDS AG Betrieb & Gewerkschaft sind aufgefordert alle Gelegenheiten zur Mobilisierung zu nutzen, um der Bundesregierung und den Unternehmerverbänden deutlich zu machen, dass die Zeit des Duckens vorbei ist.

Gleichzeitig werden wir uns an der Debatte beteiligen, welche nächsten Schritte notwendig und möglich sind, um dem politischen und gewerkschaftlichen Widerstand gegen die Zerschlagung des Sozialstaates eine Perspektive zu geben.

Kassel, den 20. September 2003  
Bundestreffen der PDS AG Betrieb & Gewerkschaft  
(einstimmig)